



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

314 (12.7.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204382](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204382)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile ...

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die deutsche Finanzkrise — ein Weltproblem.

Reparation — Revision.

Frankreichs Widerstand und Sonderstellung.

Paris, 12. Juli. Der Petit Parisien gibt von den gestrigen Beratungen der Delegierten der Reparationskommission über die deutsche Finanzlage folgende Darstellung: Sir John Bradburn, der von dem englischen Kabinett förmliche Instruktionen erhalten hat, hat die Annahme eines Rotoratoriums vorgeschlagen, das nicht nur die vollkommene Aufhebung der Goldzahlungen für zwei und selbst für drei Jahre vorsieht, sondern auch für den gleichen Zeitraum eine wesentliche Herabsetzung der Sachleistungen enthalten soll.

Die Delegierten von Belgien und Italien haben sich, wie wir zu wissen glauben, mit mehr oder weniger Vorbehalten dem englischen Vorschlag angeschlossen. Louis Dubois, der französische Delegierte stand also allein mit seinem Widerspruch. Er hat nur erliegen können, daß keine Entscheidung getroffen wird, bevor der Garantenausschuss nach Paris zurückkommt.

Die neue Welt glaubt bestätigen zu können, daß bei der offiziellen Beratung im Reparationsausschuss sich eine Mehrheit gegen Frankreich gebildet habe, um nicht zu sagen, eine Einklemmung gegen Frankreich. Man habe gestern abend erfahren, am Quai d'Orsay, daß Lord George die Absicht habe, nach Paris zu kommen, um mit Poincaré zu sprechen.

Deutschlands offizielles Ansuchen.

Paris, 12. Juli. Wie das Echo de Paris mitteilt, haben die Delegierten Frankreichs, Italiens, Englands und Belgiens gestern eine erste offizielle Aussprache gehabt, in deren Verlauf sie ihre Ansichten über die Lage Deutschlands ausgetauscht haben. Es ist wahrscheinlich, daß vielleicht schon heute ein offizielles Ersuchen um ein Rotoratorium seitens der deutschen Delegierten formuliert wird.

Der Petit Parisien, der diese Nachricht bestätigt, fügt hinzu, andererseits wollten die Mitglieder der Reparationskommission wenn möglich sofort den weiteren Sturz der Mark aufhalten. Es sei deshalb wahrscheinlich, daß, ohne die Entscheidung der kommenden Woche abzuwarten, die Kommission den Delegierten eine Mitteilung zugehen lasse, in der sie von den Schwierigkeiten der deutschen Regierung Kenntnis gibt.

Morgan und die Reparationen.

Washington, 11. Juli. Man dementiert die aus Berlin kommende Meldung, wonach Morgan die Absicht habe, sich nach Berlin zu begeben, um dort über die Möglichkeit eines internationalen Reparationsanlehens zu unterhandeln.

Erklärung des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis.

New York, 11. Juli. Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, der von Japan kommend, hier eingetroffen ist, erklärte Journalisten, daß das deutsche Volk, wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetzen sollte, wie ein Mann sich erheben würde. Er befürwortet eine gemeinsame Konferenz zwischen den Alliierten und Deutschland, da andernfalls Deutschland und Frankreich dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben seien.

Keine militärischen Maßnahmen, sondern Revision der Reparationspolitik.

London, 11. Juli. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel: Es ist sehr möglich, daß Deutschland erklärt, nicht in der Lage zu sein, die zur Zahlung der Reparationen nötige Summe aufzubringen zu können. Durch keine militärischen Maßnahmen, die teilweise von gewissen französischen Gruppen gewünscht wurden, kann diese Lage nicht gebessert werden.

An anderer Stelle veröffentlicht die „Times“ einen Aufsatz unter dem Titel: Der Weg zur Gesundung, in dem vorgeschlagen wird, England solle zunächst einen Kredit bei den Vereinigten Staaten auf eine feste Grundlage stellen, indem es Rechnungen zur Zahlung seiner Schulden an Amerika durch Ausgabe von Bons trifft. Hiermit soll Frankreich und Italien vorklagen, ihre Schulden an England durch Bons der Serie C der deutschen Repara-

tionsoverpflichtungen zu zahlen. Dann könnten die Schulden der Alliierten an England gestrichen und die gesamte Verpflichtung Deutschlands durch Annullierung der erwähnten Bons herabgesetzt werden. Ebenso könne Großbritannien die deutschen Verbindlichkeiten herabsetzen, indem es auf einen entsprechenden Anteil der ihm von Deutschland gezahlten Bons der Serie C verzichtet. Hierdurch würde das ganze Reparationsproblem außerordentlich vereinfacht werden.

Wien, 11. Juli. Die Blätter besaßen sich andauernd mit der durch den Valutasturz geschaffenen Lage in Deutschland und Oesterreich. Sie betonen übereinstimmend, daß nur eine Revision der Friedensverträge eine Besserung der derzeitigen Verhältnisse bringen könne. Das österreichische wie das deutsche Problem seien im Begriff, Weltprobleme zu werden. Es hiesse die beiden Staaten ins Verhängnis treiben, wenn die Entente weiterhin gleichgültig und tolerant zusehe, wie alle Anstrengungen beider Länder angesichts der unerfüllbaren Friedensverträge umsonst und vergeblich sind.

Was das Ausland von Deutschlands Not hält.

London, 11. Juli. Der Evening Standard schreibt, ein großes industrielles Land wie Deutschland mit einer Produktionsmöglichkeit, die der Krieg durchaus nicht geschwächt hat, dürfe keine Schwierigkeiten haben, den „geringen Fälligkeiten“ gerecht zu werden, die es, wie es erklärt, nicht erfüllen kann. Wer von Deutschland zurückkehrt, erzählt wie stark seine Industrie beschäftigt ist, von dem schrankenlosen Luxus, den man dort sehen kann in dem Land, das die wenigsten Steuern bezahlt. Deutschland wird geschildert, als das Land der neuen Millionäre, als das Land des niedrigeren Militarismus.

Entspannung.

Berlin, 12. Juli. (Von unj. Berliner Büro.) Erfreulicherweise ist festzustellen, daß die gestrige Rede des Reichskanzlers die von manchen Seiten befürchtete katastrophale Wirkung nicht gehabt hat. Weil ganz allgemein im Reichstag der Wunsch nach einer friedlichen Lösung besteht, ist man geneigt, über die Schrecken und Schärfe hinwegzusehen und sich nur an das zu halten, was man dem Kanzler beifügt, nämlich im starken Appell an die Einigkeit und im tröstlichen Hinweis, daß zwischen der 2. und 3. Lesung Gelegenheit geben werde zum Ausgleich.

So überwiegt heute das Gefühl der Entspannung. Man ist hoffnungsvoller als seit manchen Tagen. Diese Hoffnung wird noch verstärkt durch die Aussicht, das Reichspolizeigesetz dem Bogen im August kaum zustimmen zu werden, auf den Herbst zu verlegen. Es ist, nachdem die Räder Rathenaus gestellt sind, auch wohl nicht so an den Augenblick gebunden. Vor dem Reichstag werden heute außer dem Gesetz zum Schutz der Republik das Amnestie- und das Beamten-gesetz verabschiedet werden.

Schädlinge der deutschen Republik.

Mannheim, 12. Juli. Zu den Demonstrationstunten in einigen badischen Orten wird der „Volkstimme“ geschrieben: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der freie Arbeiterbund, die sozialdemokratische Partei und die unabhängige Sozialdemokratische Partei haben die Anleihe der Erneuerung Rathenaus mit den Kommunisten geschlossen. Die Arbeiterbewegung ist wieder gelöst. Mit den Kommunisten läßt sich einfach keine, lediglich das Wohl der gesamten Arbeiterklasse verfolgende Politik machen. Wenn die Kommunisten, wie das wieder am Freitag abend der vergangenen Woche in Mannheim geschah, sich fort bandenmäßig zusammenschließen, Hausdurchsuchungen vornehmen und sich sonstige Polizeirechte anmaßen, dann wird man ernstlichen Einspruch erheben müssen.

Diese Erklärung legt in allem und jedem den Standpunkt, den wie anläßlich der Dienstag-Demonstration und des Rederfalls auf dem Reichstag vertreten und zum Ausdruck gebracht haben.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Berlin, 12. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Wie wir hören, werden voraussichtlich in nächster Zeit zwischen der deutschen und der polnischen Regierung Verhandlungen ausgenommen werden, durch die ein großer Fragekomplex geregelt werden soll. In der Hauptsache handelt es sich um Liquidations-, Aktions- und Wirtschaftsverträge. Während deutscherseits das Staatsgericht seine Verhandlungen auf die Durchführung eines geregelten Rechtszustandes für die deutschen Rinderheiden legt, wird von Polen besonders der Wirtschaftsverträge Interesse entgegengebracht. Bereits morgen bezieht sich die deutsche Delegation unter Leitung des Ministerialdirektors v. Storchamer nach Warschau, um mit den polnischen Stellen in eine Vorbesprechung über die technischen Vorbereitungen der Konferenz zu treten. Der Verhandlungsort steht noch nicht fest.

Zurück zur Außenpolitik!

Von Legationsrat Frhr. v. Rheinbaben, M. d. R.

Nach der Revolution erhob sich in weiten Kreisen des deutschen Volkes und ganz besonders in denen, die sich der Führung des Staates bemächtigt hatten, der laute und immer wiederholte Ruf: „Eine neue Außenpolitik ist uns not, wir müssen sie einleiten, betreiben und entwickeln, mit ihr und durch sie wollen wir dem deutschen Volke eine neue und bessere Stellung unter den Völkern der Welt verschaffen.“ Was haben wir anstatt dessen erlebt? Die Außenpolitik geriet völlig in Abhängigkeit von inneren parteipolitischen Geleiten, und das zunächst in so hohem Maße auf internationale, moralische und rechtliche Faktoren gelehrt Vertrauen wurde schmählich getäuscht. Die Folge war eine noch größere, gründlichere und schnellere Abkehr von wirklicher außenpolitischer Betätigung, und erst in allerletzter Zeit schien im Zusammenhang mit der Konferenz von Genau und in Verbindung mit dem Vertragsabschluss mit Rußland ganz allmählich ein größeres Verständnis für die Möglichkeiten außenpolitischer Betätigung zu erwachen.

Der Reichskanzler hat sich ein unbestreitbares Verdienst dadurch erworben, daß er unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus einem französischen Journalisten gegenüber offen aussprach, was jeder fühlen und wissen mußte, der den Dingen auf den Grund sah: Die Ermordung Rathenaus war nur ein Symbol für die immer mehr der Verzweiflung sich nahende Stimmung weiter Kreise des deutschen Volkes. Der Versuch der Erfüllung der Lasten des Londoner Ultimatus näherte sich deutsch materiell und zeitlich seinem Ende und schleunige Maßnahmen unserer Kriegsgegner sind notwendig, wenn unabsehbares Unheil innerhalb, aber auch außerhalb der deutschen Reichsgrenzen vermieden werden soll.

Bei diesem gelegentlichen Hinweis des Kanzlers nach Außen ist es nicht geblieben. Mit dem gerade in diesen Wochen in Berlin weilenden Garantekomitee sind andauernde Verhandlungen gepflogen worden, deren Ziel ein weiteres Rotoratorium, in erster Linie für die jedenfalls fälligen Goldleistungen, ist. Die Einleitung dieser Verhandlungen hat noch durch Rathenaus persönlich stattgefunden. Es ist bekannt geworden, daß er noch in der Nacht vor seinem Tode mit dem hiesigen Vertreter der Vereinigten Staaten eine besonders wichtige Unterredung gehabt hat, die in dem Hinweise schloß, daß Deutschland — schon bei dem damaligen Stande der Mark — trotz besten Willens weitere Barzahlungen nicht leisten könne, daß es die durch seine Ausfuhr erzielten Devisen zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen ganz dringend benötige und deshalb von den Barzahlungen entbunden werden müsse, wenn nicht schwerste innere Krisen eintreten sollten.

Am Montag sind in Paris Senat und Kammer bis zum Herbst vertagt worden. Ein Rückblick auf ihre Tätigkeit zeigt ein recht dürftiges Ergebnis. Die uns am meisten interessierende Debatte über die französischen Finanzen hat nicht stattgefunden, und die letzten Abkommen mit Deutschland über Ausführung der Sachleistungen haben nach endloser Verschleppung die Zustimmung des französischen Parlaments nicht gefunden. Auf der anderen Seite ist jedoch nicht zu verkennen, daß schließlich auch in Frankreich ein allmählicher Umschwung in der Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit eingetreten ist. Selbst Herr Poincaré hat kürzlich im Senat erklärt, daß die gerade von ihm immer wieder geforderten Sanktionen gegen Deutschland nicht das geeignete Mittel seien, um Frankreichs finanzielle Lage zu bessern.

Soll das deutsche Volk bei dieser Lage der Dinge noch die letzte Dummheit begehen? Soll die Auflösung des Reichstages und ein Wahlkampf von unerhörter Schärfe die Regierung der letzten Möglichkeit berauben, durch weitere Verhandlungen außenpolitischer Art die bevorstehende wirtschaftliche und

finanzielle Katastrophe zu vermeiden? Ist es nicht reine Demagogie, wenn in diesen Tagen Herr Scheidemann wieder einmal laut nach Neuwahlen ruft, obwohl auch er und gerade er, diese Zusammenhänge genau kennen muß. Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß in allerletzter Stunde die Vernunft zurückkehrt, und die deutsche Regierung wieder aktionsfähig in außenpolitischer Beziehung wird. Dazu müssen alle Wünsche radikaler Tendenz zurückgestellt werden, damit die Bahn wieder frei wird für das Eine, das uns mehr als alles andere bitter nottut, d. h. eine Außenpolitik, die den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch rettet.

Als Ergänzung zu dem Gesetzentwurf über den Schutz der Republik, über dessen Schicksal voraussichtlich heute oder morgen die Entscheidung fallen wird, sind von der Reichsregierung verschiedene andere Vorlagen eingebracht worden, darunter vor allen Dingen eine gegen nicht verfassungstreue Beamte gerichtete und eine Amnestievorlage. Diese letztere liegt zurzeit im Rechtsausschuß und hat dort bereits zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung geführt. Der Kampf dreht sich hauptsächlich um die Frage, ob die bevorstehende politische Amnestie auch auf gemeine Verbrecher wie Max Höpff und auf diejenigen Eisenbahner ausgedehnt werden soll, die anlässlich des letzten Eisenbahnerstreiks wegen Verletzung ihrer Beamtenpflicht bestraft worden sind. Bekanntlich haben die Eisenbahner, die sich seither gewerkschaftlich organisiert haben und völlig ins radikale Fahrwasser geraten sind, in einem der Dessenlichkeit übergebenen Telegramm an den Reichskanzler darüber beschworen, daß die Reichsregierung ihre Verurteilungen nicht einlegt, sondern die Bestrafung unbotmäßiger Beamter veranlaßt oder nicht aufgehoben habe; dem Reichskanzler war unverzüglich Vorwurf vorgeworfen worden.

Das Verhalten der Unabhängigen und der Kommunisten im Rechtsausschuß und außerhalb läßt deutlich erkennen, daß man in diesen Kreisen mit einer Rücksichtslosigkeit, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt, die Ermordung Rathenau für die eigenen Zwecke auszunutzen sucht. Die Massen sollen auf jede mögliche Weise weiter aufgepeitscht werden — das ist das einzige und letzte Ziel. Weil Reichskanzler und Reichsregierung angeführt die Drohungen und Schmähungen den Wünschen der Unabhängigen und Kommunisten entgegenkommen in der Lage sind, werden sie nun selbst beschimpft. „Freiheit“ überschreibt ihren Bericht über das Amnestiegesetz. „Rechtsausschuß: General Hundsfott gegen die Eisenbahner-Amnestie.“ Gleichzeitig veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen Aufruf des Moskauer Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, in dem es heißt, daß für die Arbeiterklasse die bürgerliche Republik eine Nebennummer war. Nach den Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten sowohl wie nach dem Gesetzentwurf zum Schutz der Republik wird mit strenger Strafe bedroht, wer die Republik oder republikanische Einrichtungen schmäh, beschimpft oder herabsetzt und wer Mitglieder einer republikanischen Regierung verleumdet oder beschimpft. General Gröner ist als Reichsverkehrsminister Mitglied der gegenwärtigen republikanischen Regierung. Die „Freiheit“ ist das amtliche Organ der Unabhängigen Partei, die auf Wunsch und Vorschlag der Reichsverkehrsminister in eine Regierung eintreten soll, deren Mitglied „General Hundsfott“ ist, wie ihn die Freiheit selbst nennt. Wir sind gespannt darauf, wie sich die gegenwärtige republikanische Regierung zu den unabhängigen Schülern der Republik vom Schlege der Freiheit und zu den kommunistischen Freunden der Republik stellen wird. Es heißt überall Zeitungsverbote. Wird der Bannstrahl auch das Parteiorgan der Unabhängigen Sozialisten und die kommunistische „Rote Fahne“ treffen?

Die Haager Konferenz.
Besserung der Stimmung.

W. Haag, 11. Juli. Mit dem Eintreffen Krassin's ist ein merklich besserer Geist in die russische Delegation gekommen. Die Angaben dieses Delegierten klingen zuverlässiger als diejenigen seiner Kollegen. In den gestrigen Verhandlungen sprach der französische Delegierte sogar seine Befriedigung über die Starbheit der Angaben Krassin's hinsichtlich der gemischten Handelsgesellschaften aus. Der französische Delegierte meinte sogar, er sehe

Die blaue Flamme.

Roman von Heinz Belten.

Copyright 1921, by Verlag von Rüd. Bong, Berlin.
(Fortsetzung.)

Der Vorsitzende macht eine kleine Pause; dann fährt er fort: „Wir haben auch die Entlastungszeugen gehört. Der Arzt des Städtischen Krankenhauses, Herr Geheimrat Tierfelder — eine kleine Verbeugung gegen diesen, die dankend quittiert wird — hat sich sehr gut über den Angeklagten ausgesprochen. Auch seine Kollegen geben ihm das Zeugnis eines gewissenhaften, pflichttreuen Arztes. Gleichwohl sind sie nicht imstande, die Belastungszeugen zu entlasten. Die Tatsache besteht. Und als einziger Milderungsgrund bleibt, daß der Angeklagte zwei Tage und zwei Nächte im Dienst war, also übermüdet gewesen sein muß. Das würde strafmildernd ins Gewicht fallen, natürlich nur dann, wenn der Angeklagte sein verbotenes Wesen endlich aufgibt, Rede und Antwort steht und reumütig bekennt, gefehlt zu haben. Denn ich verschleiere mich keineswegs der Erkenntnis, daß ein beschuldigter Arzt eine schwere Lebensaufgabe zu erfüllen und auf unsere Miße einen begründeten Anspruch hat, wenn er ermüdet einmal zusammenbricht. Angeklagter, bekenne Sie sich schuldig!“

Fragend schaut er hinüber auf die Anklagebank, auf der Dr. Solomon sitzt, ein langer, hagerer Mensch mit wachsgelbem Gesicht und starkem, schwarzem Vollbart. Dr. Solomon steht auf. „Ich — bin — unschuldig.“

Der Vorsitzende macht eine ungeduldige Bewegung. „Das haben Sie uns bereits gesagt. Es ist das einzige, was Sie überhaupt gesagt haben. Aber Sie werden einsehen, daß wir so nicht weiterkommen. Geben Sie ruhig zu, daß Sie übermüdet waren, daß Ihnen einmal ein Versehen begegnet ist. Mildernde Umstände sind Ihnen gewiß.“

Die Brust des Angeklagten hebt und senkt sich. Er hält sich mit beiden Händen an der Brüstung fest, streckt den Kopf weit vor.

„Ich... ich...“ Gewaltig arbeitet es in ihm; er stößt die Worte leuchtend aus. „Ich will keine mildernden Umstände. Ich habe es mit Absicht getan.“

Der Landgerichtsdirektor starrt ihn entsetzt an. Die Geschworenen sitzen wie versteinert. Ihre Köpfe, die sonst auf den Akten lagen, sind mit einem Ruck emporgeschleudert.

„Mit Absicht haben Sie das getan? Mit Absicht haben Sie die Frau sterben lassen?“

Dr. Solomon ist plötzlich ruhig geworden. Es ist, als ob die Stimmung von ihm auf seine Richter übergegangen sei. Er steht ruhig

gewisse Möglichkeiten, Rußland zu Hilfe zu kommen, wenn das Ausland die erforderlichen Garantien zur Wiederherstellung des Vertrauens erhält.

Gleichwohl liegt die Lösung der Frage noch in weiter Ferne. Das wurde klar, als Krassin die heisse Frage stellte, welche der im Haag vertretenen Regierungen bereit seien, der russischen Regierung Kredite zu gewähren und zu welchem Betrage. Krassin stellte weitere Fragen über die Form der Kredite, ihre Dauer und die geforderten Garantien. Der englische Delegierte konnte statistische Einzelheiten versprechen. Der Präsident der nicht-russischen Kommission erklärte, man könne den Russen darauf keine Antwort geben, solange die Besprechungen der anderen Kommissionen keine Fortschritte gemacht hätten und man keine Vorstellung habe über die allgemeine Lage in Rußland. Krassin meinte, die russische Regierung beabsichtige, 50 Proz. der russischen Eisenbahnen wiederherzustellen, sowie weitere Transportmöglichkeiten zu schaffen und Kraftwagen zu beschaffen. Transportkonzessionen könnten nur für neu zu errichtende Verkehrslinien abgegeben werden. Witwinoff beantwortete dann den Brief des niederländischen Rats-Komitees, indem er die Fortdauer der Hungersnot in Rußland betonte. Rußland bleibe noch ein breites Feld für humanitäre Arbeit.

Oberschlesien.

Zu den Anschlägen auf die ober-schlesischen Besatzungstruppen.

W. Paris, 11. Juli. Haas teilt mit, daß die von den alliierten Gerichten in Oberschlesien wegen der Anschläge gegen die Besatzungstruppen verurteilten 26 Personen, deren Ueberführung in Gefängnisse des besetzten Rheinlands beabsichtigt die alliierten Regierungen beschlossen haben, am 4. Juli in Begleitung von französischen Gendarmen und englischen Polizeifeldweben Oplein verlassen haben und durch Südböhmen nach Griesheim bei Frankfurt a. Main gebracht worden sind. Sie wurden vorläufig im Mittelgefängnis Mainz untergebracht. Die Verteilung auf die Gefängnisse des besetzten Gebietes soll durch einen von der interalliierten Rheinlandskommission eingesetzten Sonderausschuß vorgenommen werden. Grundsätzlich werden die zu Justizhaus Verurteilten im Gefängnis Rheinbach, die zu Gefängnis Verurteilten in Andernach ihre Strafen verbüßen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Zum Schutz der Besatzungstruppen.

W. Koblenz, 12. Juli. Die Interalliierte Rheinlands-Kommission hat dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete mitgeteilt, daß sie vom 5. Juli 1922 ab auf die Dauer von einem Monat ihrem Kreisbelegierten in Wiesbaden Sondervollmachten übertragen hat, welche in ihrer Verordnung 12 vorgelesen sind, d. h. die Ermächtigung erteilt hat, unter Androhung der Zuwiderhandlung gegen die Verordnung der Rheinlandskommission vorgeschriebene Strafen aller Sühnungen oder Kundgebungen zu unterlagen, welche die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet sind und den Aufenthalt auf der Straße zur Nachtzeit zu verbieten.

Die Verfolgung der Rathenau-Mörder.

X. Berlin, 12. Juli. Wie die „A.N.S.“ mitteilt, hat die Fahndung nach den Mördern Dr. Rathenau in Mitteldeutschland bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Da seit Walebusch eine höhere Spur von den Tätern fehlt, ist es möglich, daß diese sich noch in der gleichen Gegend verbergen könnten. Mit Rücksicht auf verschiedene bei der Polizei eingegangene Meldungen ist aber auch damit zu rechnen, daß die Mörder auf ihrem Jahrsrunden bereits ein großes Stück weiter nach Süden geflüchtet sind. Vorausgesetzt, daß sich die letzten Zeugenaussagen als richtig erweisen, hofft man, die polizeiliche Aktion, die gestern nachmittags ins Werk gesetzt wurde, schon bis heute mittag beendet zu haben. Oberregierungsrat Dr. Beck, der sich gestern zur persönlichen Leitung der Verfolgung in das Gebiet begeben hat, in dem die Mörder vermutet werden, wird für heute mittag in Berlin zurück erwartet.

[X] Berlin, 12. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Wie der A. S. aus Gerdlehen berichtet wird, scheint die Spur der Rathenau-Mörder wieder verloren zu sein. Es wird also erneuter und umfangreicher polizeilicher Maßnahmen bedürfen. Es ist aber zweifellos festzustellen, daß die beiden Missetäter noch zusammen sind und den Weg gemeinsam machen.

hat, hat den Oberkörper zurückgelegt und die Arme über die Brust gekreuzt. So steht er und schaut gelassen auf die Geschworenen.

„Mit Absicht?“ Der Vorsitzende hat seine Ruhe wiedergefunden. „Mit Absicht haben Sie die Frau sterben lassen, die Sie retten konnten. Sie haben sie also getötet. Kennen Sie denn die Frau? Wollten Sie sich für irgend etwas an ihr rächen, daß sie sterben sollte?“

Ueber das Gesicht des Angeklagten geht es wie ein Sonnenstrahl, ein heftiges, wildes Lächeln, und seine Stimme wird sanft, wie die Stimme eines Kindes.

„Ich habe die Frau nie zuvor in meinem Leben gesehen. Erst durch den Schuttmann, der sie und die Kinder einlieferete, erfuhr ich von ihr und ihrem Schicksal. Nein, ich habe sie nicht gekannt. Aber wenn sie mir der heftigste Wunsch auf der Welt gewesen wäre, hätte ich nicht anders handeln dürfen. Ich habe ihr das Beste gegeben, das ich ihr geben konnte. Dazu war ich als Arzt verpflichtet. Salus aegroti suprema lex. Salus aegroti! Ihr Heil lag nicht in der Weiterbehandlung, sondern in der Ruhe, im Tode. Oder hätte ich sie weiterleben lassen sollen als das Weib eines schuldigen Verbrechers, als die Mörderin ihrer Kinder? Sie hätte lebend das Krankenhaus nur verlassen, um es mit dem Gefängnis zu vertauschen und aus dem Gefängnis wäre sie ins Verhau gekommen.“

In dem großen mit Menschen dicht angefüllten Gerichtssaal ist es so still geworden, daß man das Surren der Fliegen hört, die mit dem Kopf gegen die Fensterscheiben stoßen. Der Staatsanwalt läßt sein Monokel fallen und pußt es an einem gelblichen Tuch ab; dann macht er einige Notizen auf dem vor ihm liegenden Block. Der vor dem Angeklagten stehende Rechtsanwalt, ein älterer, beleibter Herr, läßt unregelmäßig seine Augen an der Decke herumspazieren und versetzt die Anstrengungen der Fliegen, die am Fenster auf und nieder gleiten. Neht kann er sich sein Plädoyer schenken.

Der Vorsitzende zieht das Fohzil. „Sie behaupten also, mit voller Ueberlegung gehandelt zu haben? Absichtlich haben Sie die Frau sterben lassen?“

Dr. Solomon macht eine kleine Verbeugung.

„So sagte ich. Ich nannte auch meine Gründe.“

„Die Gründe kommen vorerst nicht in Frage“, belehrt ihn der Vorsitzende. „Rückwärts fallen sie bei der Strafabmessung ins Gewicht. Vorerst haben wir uns nur an den Tatbestand zu halten. Angeklagter! Wissen Sie auch, daß das, was Sie sagten, der ganzen Sachlage ein anderes Gesicht gibt?“

„Ich weiß es.“

„Die Gründe, die Sie nannten, ehren Sie. Aber mir haben hier nicht mit ihnen ollen zu tun. Wir müssen uns an den Buchstaben des Gesetzes halten.“

„Ich weiß, Herr Vorsitzender. Der Buchstabe tötet. Es ist immer so gewesen.“

Die beifende Schärfe, die er in seine Worte legt, treibt dem Vorsitzenden das Blut ins Gesicht.

Die Lage bei den Bergleuten.

W. Essen, 12. Juli. Die heutigen Verhandlungen über den Manteltarif unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers im bergmännischen Verein sind im persönlichen Geiste geführt worden, konnten aber bei der Fülle der schwebenden Fragen noch nicht ganz zu Ende geführt werden. Es besteht jedoch begründete Aussicht, daß die morgen fortzuführende Besprechung zwischen den Parteivertretern zu einer Einigung führen werden.

[X] Berlin, 12. Juli. (Von unv. Berl. Büro.) Am Dienstag begann in Essen unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers die von ihm veranlaßte neue Beratung zwischen den Zechenverbänden und den Bergarbeiterorganisationen. In einer Reihe von wichtigen Punkten die im Manteltarif enthalten sind, ist eine Einigung erzielt worden. In den übrigen Punkten, über die heute weiter verhandelt wird, ist eine Verständigung so nahe gerückt, daß begründete Aussicht besteht, den Frieden im rheinisch-westfälischen Bergbau zu erhalten. Es wird von den Ergebnissen der Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes am Freitag abhängen.

Die süddeutschen Beamten gegen das Beamtengesetz.

§ München, 12. Juli. Die Vertreter der im Deutschen Beamtenbund organisierten süddeutschen Beamtenschaft haben auf einer Tagung in Würzburg Verwahrung dagegen eingelegt, daß einschneidende Besetze, wie das Beamtengesetz und das Gesetz zum Schutz der Republik unter Ausschaltung des Beamtentums verabschiedet werden sollten. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß kein süddeutscher Abgeordneter die Hand dazu biete, daß eine vom Gesetzgeber nicht gewollte Besinnungsschnüffel, ein Denunziantentum und ein Besinnungsunwille eintreten. Auch eine Erklärung des Bundesverbandes der höheren bayerischen Staatsbeamten, dem auch die höheren Beamten der Reichsverwaltung in Bayern angehöre, legt Verwahrung gegen eine Schmälerung der verfassungsgemäß gewährtesten Beamtenrechte ein.

Bayern und die Pfalz.

Die Wirtschaftsnote in der Westpfalz.

§ München, 11. Juli. Die Abgeordneten Bähler und Dr. Hammerich haben im bayerischen Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht: Das Ziffernmaterial über die Leertungsverhältnisse in den pfälzischen Raubbarbezirken des Saargebietes läßt klar erkennen, daß die Leertung in den letzten zwei Jahren eine Höhe erreicht hat, die nachgerade anfangt, für die wirtschaftliche Existenz und die seelische Verfassung der Betroffenen bedrohlich zu werden. Ist der bayerischen Staatsregierung diese schwere Bedrohung bekannt? Ist sie bereit, ohne Verzug Maßnahmen zu veranlassen, welche die Lage zu mildern oder erträglich zu gestalten vermögen? Ist sie gleichzeitig bereit, auch bei der Reichsregierung in der nämlichen Richtung zu wirken?

Das Verfahren gegen die Geheimorganisationen.

§ München, 12. Juli. Die „München-Kugensburger Abendzeitung“ meldet, daß das Verfahren gegen die Mitglieder der Organisation O wegen Geheimbündelei, das seiner Zeit von dem Reichsgericht wegen Ermordung Erzbergers abgetrennt wurde, von der Münchener Staatsanwaltschaft auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten an den Oberreichsanwalt abgetrennt werden müsse. Wie vor von zentraler Stelle hören, sind die Akten, die erst vor kurzem von Offenbach nach München überwiefen wurden, von Oberreichsanwalt bisher bei der Münchener Staatsanwaltschaft noch nicht angefordert worden. Ob das Verfahren auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik an den Oberreichsanwalt überwiefen werden muß, ist in München zur Zeit noch nicht bekannt.

Geldgeber für Geheimorganisationen.

§ München, 12. Juli. Unter der Ueberschrift „Geldgeber für Geheimorganisationen“ erschien in sozialistischen Blättern eine Liste, in der eine große Anzahl von Münchener Firmen und Persönlichkeiten mit Spenden von 100 bis 100 000 Mark genannt werden. Dazu wird von den „A. R. R.“ mitgeteilt, daß diese Gelder ausschließlich für die Oberschlesierhilfe gesammelt wurden. Das damalige Freikorps Oberland, das in Oberschlesien kämpfte, habe nachgewiesen, daß die gesammelten Gelder reiflos für diese unterirdischen Zweck Verwendung fanden. Weiter wird mitgeteilt, daß die Spendenliste nicht einmal vollständig war, da auch zwei Sanitätsautos aus unterirdischen Verbänden für die Pflege von Verwundeten in Oberschlesien ausgerüstet wurden.

„Angeklagter! Hüten Sie sich! Das Wort 'Absicht' sollten Sie vorläufiger aussprechen. Wissen Sie denn überhaupt, was Sie getan haben?“

Der Angeklagte gibt keine Antwort. Er steht wieder, hochaufgerichtet mit über der Brust gekreuzten Armen, regungslos wie eine Statue. Nur seine großen, schwarzen, glänzenden Augen verraten, daß Leben in dieser Statue ist.

„Sie haben ein Menschenleben, das Ihnen anvertraut war, vernichtet, Angeklagter. Sie als Arzt, dessen heiligste Pflicht es sein soll, Leben zu erhalten, haben ein Leben vorzeitig zerstört, und Ihre Gründe ändern nichts daran, gar nichts. Wohin kämen wir, wenn alle Menschen so dächten, wenn es in das Selbsten jedes Arztes gestellt würde, ein ihm anvertrautes Menschenleben zu retten oder zu vernichten, je nachdem, ob er glaubt, daß für den Patienten das Weiterleben wünschenswerter ist oder nicht! Wohin kämen wir dann? Alles Vertrauen in die ärztliche Kunst würde damit vernichtet werden, und ein Freibrief für jedes Verbrechen würde solches Denken außerhalb sein. Denn was dem Arzte recht ist, müßte jedem anderen Verurteilten billig sein. Angeklagter, haben Sie daran gar nicht gedacht?“

Die Statue bleibt unbeweglich. „Auch nicht daran, daß sich jetzt... das Zuchthaus vor Ihnen öffnet?“

Von der Zeugenbank springt einer auf, ein blutjunger Bursch, läuft vor an den Richtertisch, steht da mit fliegenden Augen, leuchtend. Die Aufregung schnürt ihm den Atem ab.

„Ich... ich... ich muß noch sagen...“

Der Vorsitzende wendet erstaunt den Kopf.

„Zeuge Hefewinkel!“

Johannes strafft sich, knickt in den Knietühlen ein, hält sich am Tisch.

„Das Zuchthaus? Ins Zuchthaus kann er nicht kommen. Das ist unmöglich. Es ist das Edelste, was ein Mensch jemals getan hat. Ins Zuchthaus! Das ist ein Lusthau.“

Er taumelt, nach Luft ringend, auf seinen Platz zurück.

Der Staatsanwalt klemmt wieder sein Einglas ins Auge.

„Ich beantrage, den Zeugen Hefewinkel wegen Ungebühr vor Gericht in eine Geldstrafe von fünfzig Mark zu nehmen.“

Der Vorsitzende macht mit der Hand eine abwehrende Geste.

„Wir können wohl noch einmal davon Abstand nehmen. Sie haben vermutlich nach nie einer Gerichtshofung beigewohnt. Zeuge Hefewinkel. Nehmen Sie sich zusammen! Dergleichen ist hier nicht üblich.“

Johannes sitzt wieder auf seinem Platz. Er hat die letzten Worte des Vorsitzenden gar nicht mehr gehört. Ins Zuchthaus! Ins Zuchthaus dafür, daß er ein Weib vor dem Verhau bewahrt hat. Ins Zuchthaus!

(Fortsetzung folgt.)

Kommunale Chronik.

Wahlloste, 11. Juli. In der jüngsten Gemeinderats-
sitzung wurde beschlossen, die Wohnungskommission aufzulösen.
Sämtliche Wohnungsbauangelegenheiten werden künftig durch den
Gemeinderat erledigt. Die Wasserzinsen werden durch Haus-Grund-
besitz abmontiert um 90 Mark pro Stadt. Dem Regenwasser-
entwurf werden für 1922 600 Mark für Hauswasser und Räderlöcher vergütet.
Die Vollgebühren für Mai bis Oktober sind auf 12 Uhr festgesetzt.
Am 1. Juli 1922 werden die Gebühren erhöht wie folgt: Wasser-
gebühren bis 30 Liter 5 Mark, über 30 Liter 10 Mark, 1 Jtr.
Tabak 5 Mark, 1 Kleinw. 4 Mark, 1 Großw. 6 Mark, der ausge-
stellte Wasserzins um 100 Prozent, die Ausschlaggebühren betragen 30
Mark, Familienkassenmitglieder von 5 Mark auf 30 Mark, eine Fabrik-
Gand von 30 Mark auf 80 Mark. Beim Bezirksamt wird Antrag
auf Aufhebung des Gemeindefachpächtertrags gestellt, da 4500 RM
nicht mehr der heutigen Geldentwertung entsprechen. Beiden Kinder-
schulen werden jährlich 800 Mark (früher 400 Mark) Zuschuß be-
willigt. Die Beiträge für Juchthaushaltung betragen nach dem
Stand am 1. Juli 1921 für 1 Juchthaus und 1 Kuh, 15 Mark
für 1 Pöge. Es wurden 2 junge Juchthaus angekauft für 1922
für eine Gesamtsumme von 5 Mark, wovon die Hälfte
sofort der Rest auf 1. Oktober zu zahlen ist. Zur Vermeidung der
laufenden Ausgaben, von Juchthausarbeiten der Rhein. Hypothek-
bank Mannheim wird Kenntnis genommen, ebenso von der Reichs-
finanzkommission für den Ausbau Kaiserstraße und einem Erlaß des
Reichsministeriums über den Schulbauausbau. Für die zu be-
schaffende Hauptlehrerstelle wurde der hiesige Schullehrer Erwin
König vorgeschlagen und die Entlohnung auf 4 Wochen bestimmt,
sobald mit der Ernte begonnen wird.

Lebenburg, 10. Juli. Von der Schöpfung der Verpflegung-
säge in den städtischen Anstalten Heidelberg wurde in der jüngsten
Gemeinderatsitzung Kenntnis genommen. Den bei der Ver-
einbarung beteiligten städt. Arbeitern wurde eine Stundenver-
gütung von 40 Mark bewilligt. Peter Drill erhält für Abgabe von
Schwamm im Jahre 1922 eine Vergütung von 1300.— Mark.
Die Anschaffung von 30 Uniformen für die freiwillige Feuer-
wehr wurde genehmigt. Herr Bürgermeister Koch wurde ermächtigt,
die für die Beschaffung notwendigen Materialien teilweise zu
beschaffen. Der Wasserzins wurde entsprechend der erhöhten
Ausgaben für das Wasserwerk vorübergehend der Zustimmung des
Bürgerausschusses erhöht. Rezipienten wurden die Verpflegungs-
säge im hiesigen Bürgerhospital, die betragen a) für Mitglieder der
Ordnungsstelle Mannheim-Land, Lebenburg und für Selbstzahler
pro Tag 50.— Mark, b) für Mitglieder auswärtiger Krankenkassen
und für solche von Betriebskrankenkassen pro Tag 60.— Mark.
Die Gebühren für Abgabe von Kies aus der Gemeindefachgrube wurden
erhöht: a) für hiesige Einwohner auf 20.— Mark und b) für Aus-
wärtige auf 40.— Mark pro Kubik.

Dossenheim, 11. Juli. In der jüngsten Bürgeraus-
scheidung, zu welcher 46 Mitglieder anwesend waren, stand
zunächst ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung, nämlich der Verkauf
des Gemeindebesitzes der Lohmeyer'schen an den Staat
und die Verpachtung des Geländes ebenfalls auf die Dauer von 30
Jahren. Die erste Sitzung war so wichtig und die darauf folgende
Sitzung so ernst, daß die Sitzung drei volle Stunden in Anspruch
nahm. Der Staat legt das ganze hiesige Gebiet, samt den Ge-
bühren nieder und stellt es an die Verfügung, auf welchen Platz es
schon früher gehört hätte. Für das Gebiet mit den Gebäuden und
der Drahtbahn erhält die Gemeinde die Summe von 28 Millio-
nen Mark und für den Stadtkreis Steine bis auf weiteres 450
Mark. Herr Bürgermeister Böhrer erläuterte die geflochtenen
unveräußerlichen Verbindungen mit dem Staat resp. dessen Vertretern,
sei welcher er selbst und zwei Mitglieder des Gemeinderats und
Herr Rechtsanwalt Schoch aus Heidelberg in Karlsruhe anwesend
waren. Herr Rechtsanwalt Schoch sprach ebenfalls eingehend
über die geflochtenen Verbindungen mit dem Staat und die Ver-
pachtung der Lohmeyer'schen und rief den Ausschlußmitgliedern, ja nicht
ange zu hören, sondern die gütliche Gelegenheit zu benutzen und
sich auszusprechen. Nach längerer Diskussion wurde zur Abstimmung
gelangt und es ergab sich folgendes Ergebnis: 24 Mitglieder stimmten mit ja, 7 mit nein und 5 Mitglieder
enthielten sich der Abstimmung. Nun ist der langjährige Wunsch der
Gemeinde zur Wirklichkeit geworden. Die Brüder sind verpachtet
und die Gemeinde erzielt in der Folgezeit eine namhafte Einnahme.
In der nächsten Zeit soll der zweite Bruch, der bisher von
Herrn Referent Gabelberg betrieben wird, ebenfalls verpachtet
werden.

Ill. Karlsruher, 11. Juli. Infolge der unaußnahmlich steigenden
Preise und Löhne sind die vom Bürgerausschuss seiner Zeit für die
Ausführung des Bauprogramms von 594 Wohnungen be-
willigten Mittel von den ausnahmsweise in Anspruch genommenen
58 Bauunternehmern in vollem Umfang in Anspruch genommen,
lediglich für die verbleibenden 336 Wohnungsbauten weitere Mittel nicht
zur Verfügung haben. Da hierfür auch keine weiteren Anleihen-
mittel aufgenommen werden können, so soll die Erhebung der
Lohnabgabe, die sich sehr hoch gestalten wird, beschleunigt
werden.

Ill. Kaiserlautern, 11. Juli. Wegen schlechten Geldaus-
gangs muß vollständig die hiesige elektrische Straßenbahn
mit beiden Enden des Verkehrs in der Zeit von 7 bis 11 Uhr vor-
zeitig einstellen.

W. Darmstadt, 10. Juli. Im Sitzungssaal der Stadter-
schneiderei versammlung sind seit der letzten Sitzung die
Verhandlungen bis auf Ludwig I. und seiner Gemahlin entfallen
worden. Nun aufgehängt mit dem Bild Bismarck, Ehren-
bürger der Stadt Darmstadt, der Oberbürgermeister
Kornelmann und Oskar, welche von den Männern wie Gebrecht
und Schöck, sowie drei Damen. Die Stadtverordneten
schließen die Sitzung einer Besprechung. Bei einem
Bialo und Hippokraties für die Universität Kiel. Nach und nach
wandte er sich immer mehr der monumentalen Kunst zu, die ihm
die größte Freude, aber auch die heftigsten Angriffe einbrachte.
1893 machte auf der Berliner Kunstausstellung sein Kolossalrelief
„Der Genius Deutschland“ Aufsehen; in den 90er Jahren und im
ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entstanden zahlreiche Denkmäler,
die sich in den verschiedensten Städten Deutschlands finden und
die verschiedensten Personen darstellen. Bekannt ist sein seit ange-
schichtetes Richard-Wagner-Denkmal in Berlin und die Normastatue
Bothes mit Schillers Schödel. Überlein hat sich schriftstellerisch
hervorgetan, so in dem an Selbstkenntnissen reichen Werk
„Aus eines Bildhauers Seelenleben“.

Wiederherstellung eines Meisterwerkes altheimischer Kunst. Der
Bodentier der Jacobs-Kirche von Reichenberg, der 1466 entstandene
Reiterstandbild des Friedrich Herlin, des späteren
Bismarckers von Rüdow, ist in den letzten Monaten auf Veran-
lassung des bayerischen Denkmalsamtes in München einer Wieder-
herstellung unterzogen worden, die eine große Ueberraschung brachte.
Der Altar war auf seiner Außenseite (von 1562 vollständig über-
nommen worden: hat der Legende des heiligen Jacobus und der Com-
mestras-Figür sah man auf der Innenseite der Tafeln sehr wichtige
Entscheidungen. Die Reherstellung hat nun die alten Bilder Herlins,
wie an der Zeit, in vorzüglicher Erhaltung wieder aufgedeckt. In
dieser Bilder erscheinen weit besser konzentriert als die Innenseiten
der Figuren, die im 16. Jahrhundert nicht übermalt, dafür aber im
18. Jahrhundert restauriert worden waren. In seinem neuen Zu-
stande zeigt der Altar, der vorläufig im Münchener Nationalmuseum
aufgestellt ist, die an den großen Niederländern gesuchte Kunst des
letzten oberdeutschen Meisters in ihrer charaktervollen Vollendung.

Die ja sehr unterbrochene Everest-Expedition. Der plötzliche
Abbruch der Versuche, den Gipfel des Everest zu erklimmen, hat
eine der Mitglieder der Expedition einen Streik entzündet, da
eine Forderung den Befehl des Führers, General Bruce, für vor-
ligend erklärt haben. Als Grund wurde nämlich angegeben, daß das
Wetter die Expedition der Expedition des Berges nicht ermöglicht
mache. Die eingetragenen Träger erklären aber, daß die in-
hiesige Regenzeit auf das höhere Gebiete des Himalayas überhaupt
einen schädlichen Einfluß ausübe. Was man für den gefährlichen
Klimat hielt, soll nur ein vorübergehender Sturm gewesen sein,
und wäre man nicht so plötzlich herabgestiegen, sondern hätte auf
eine Höhe von 30 000 Fuß gewartet, so würde man Tage der größ-
ten Windstille und des herrlichsten Sonnenscheins erlebt haben, die
den Aufstieg auf den Gipfel verhältnismäßig leicht gemacht hätten.

Tagespreis von 30.— werden 10 Prozent, bei 30—50 RM. 15
Prozent, über 50 Mark 20 Prozent erhoben. Personen, die ihren
Wohnsitz nicht im Deutschen Reich haben, müssen den doppelten
Betrag bezahlen. Für die nichtlebenden Vollgabeln wird ein
Betrag von 20 000 Mark bewilligt. — Wie im vorigen
Jahre, so wird zur Beschaffung von Winterkartoffeln eine
Kaufaktion eingerichtet. — Zur Verbesserung der Milch-
erzeugung ist der Staat auf die Aktion der Reichsregierung
eine Million Mark zur Verfügung gestellt worden, die zur Beschaf-
fung von Milchmaschinen für das Staatsgut Gesehorn und für Kraft-
futter Verwendung finden soll.

Aus dem Lande.

Statistik der badischen Landesstrafanstalten.

Ill. Karlsruhe, 12. Juli. Der Gefangenstand in den badischen
Landesstrafanstalten hat nach einer Mitteilung des Statistischen Lan-
desamtes in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Während
Anfang Januar 1914 rund 1450 Gefangene in den Landesstraf-
anstalten untergebracht waren, stieg diese Zahl am nahezu 20 Prozent
bis zum 1. April d. Js. und betrug 1737. Die Urteile der Verurteil-
ung war im Jahre 1922 in 80 Prozent aller Fälle Verbrechen und
Vergehen gegen das Vermögen, in rund 15 Prozent Ver-
brechen und Vergehen gegen Personen, in den übrigen Fällen Ver-
brechen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion. Besonders
bemerkenswert ist, daß die Zahl der Verurteilungen wegen Dieb-
stahls von 748 im Jahre 1914 auf 1282 im Jahre 1922 gestiegen ist.
Darunter befanden sich 586 Fälle (308 Fälle mehr als im Jahre
1914) von Verurteilungen wegen schweren Diebstahls. In 30 Fällen
war das Verbrechen oder Vergehen in Trunkenheit begangen wor-
den. Die Zahl der wegen Totschlags verurteilten ist von 28 im Jahre 1914
auf 50 im Jahre 1922 gestiegen.

Ill. Bergen, 11. Juli. Da die Amtslässigkeit des kommissarischen
Bürgermeisters Richter abgefallen war, wurde Reumuth auf
Sonntag angeführt, bei der Richter erneut gewählt wurde.

Ill. Finsbach, 11. Juli. Dem Schreiner Roser hier wurde
ein Schwein gestohlen, das dann abgeschlachtet in einem Hof gefun-
den wurde.

Ill. Karlsruhe, 12. Juli. Der badische Blindenverein
hat seinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1921 herausgegeben. In
dem vor allem die Errichtung eines Blinden-Erholungsheimes im
Dorf Badisch-Kniebis im Schwarzwald herorgehoben wurde, das
im Sommer vorigen Jahres seiner Bestimmung übergeben und be-
reits 100 Erholungsplätze beherbergt. In einer Reihe gewerblicher
Betriebe konnten Blinde als Arbeiter angelernt werden. Fünf
Mitglieder wurden mit Führer-Hunden ausgerüstet. Unter den Mit-
gliedern, — dem Verein gehören über 22 000 sehende Einzelmit-
glieder, zahlreiche Gemeinden und Vereine an. — befanden sich 483
Blinde, darunter 329 männliche und 154 weibliche.

Ill. Billingen, 12. Juli. Ein erst einige Tage bei einer hiesigen
Familie befindliches Dienstmädchen öffnete gestern in Abwesenheit
der Herrschaft auf raffinierte Weise eine Geldkassette, entnahm
ihren den Betrag von 15 000 Mark und ging flüchtig. Das erst 21-
jährige Mädchen hat in verschiedenen anderen Stellen gleiche oder
ähnliche Eigentumsvergehen verübt. — Ein hier beschäftigter 21-jähriger
Kurtische aus Seebach bei Lahr durchschmitt sich gestern mit
einem Rasiermesser den Hals. Er war in kurzer Zeit tot. Das
Motiv der Tat ist unbekannt.

Berichtszeitung.

Mannheimer Strafkammer.

Statt 1 Jahr Zuchthaus tauschte der Rouleur Willi Reuchle
aus Stuttgart 1 Jahr Gefängnis ein. Das Schöffengericht hatte ihn
des Diebstahls für überführt gehalten, obwohl er es hartnäckig be-
stritt, aus dem Hausgang des Hauses Kallering 10 ein Fahrrad ge-
stohlen zu haben. Auf seine Berufung hielt ihn die Strafkammer
zwar dringend verdächtig, nahm aber die Verurteilung an und setzte an die
Stelle von 1 Jahr Zuchthaus, wie schon gesagt, 1 Jahr Gefängnis.
Die vom Schöffengericht ausgesprochene Ehrenstrafe bleibt bestehen.
Von Reichsgericht wurde auf die Revision des Kaufmanns
Gustav Adolf Jakobowski, der von der Strafkammer wegen
unerlaubter Einfuhr aus dem besetzten Gebiet und wegen unerlaubten
Handels zu zwei Monaten Gefängnis und 4000 Mark Geldstrafe
verurteilt worden war, eine erneute Verhandlung dieser Sache ver-
fügt. Die unerlaubte Einfuhr wurde ausgeschlossen, doch blieb die
Strafe wegen Handels in der Form bestehen, daß nur die Geldstrafe
auf 2000 Mark herabgesetzt und die ganze Strafe als verbüßt erklärt
wurde. Vert.: Rechtsanwalt Dr. Schreier.

Ill. Heilbrunn, 11. Juli. Vor dem Buchergericht stand
der Kassenwart Karl Siegel in Heilbrunn wegen Preisver-
weigerung. Er hatte im letzten Herbst 1200 Liter Kaufener Wein zum
Preis von 17,55 Mark einschließlich Steuer und sämtlicher Unkosten
gekauft und verkaufte davon das Viertel zu 12 Mark. Das Amts-
gericht stauten verurteilte daraufhin den Bier wegen ungerich-
terter Preisübersteigerung zu 800 Mark. In der Begründung
der Strafe wurde ausgeführt, daß der Bier höchstens 10 Mark für
einen Viertel Liter hätte verlangen dürfen. Der Bier beantragte
daraufhin gerichtliche Entscheidung, in der der Verteidiger des An-
geklagten die Rechtsforderung damit begründete, daß es dem Ange-
klagten dadurch ermöglicht werden müsse, im Herbst wieder neuen
Wein kaufen zu können. Der Vertreter der Anklage begehrte das
aber als überaus irrig. Die Geschäftsstelle sei nicht berechtigt, sich
unter Richterherrschaft des Einkaufspreises einer Ware eine
Preisreserve für etwaige künftige Einbußen zu leisten, sondern
Verbraucher herauszugeben. Das Buchergericht verurteilte darauf-
hin den Bier zu 500 Mark Geldstrafe.

Ill. Rastatt, 11. Juli. Wegen Holzdiebstahls wurde
der Landwirt Josef Rießer in Rastatt von der Strafkammer
zu 20 000 Mark Geldstrafe und wegen Verhinderung zu einer
Gefängnisstrafe verurteilt. 10 000 Mark und die Gefängnisstrafe
kommen für die verbüßte Unterbringungshaft in Anrechnung. Ferner
wurde wegen Verhinderung der Kaufmann Josef Reigardt in
Leinang zu vier Wochen Gefängnis und 5 000 Mark Geldstrafe
und wegen unerlaubten Handels zu 5 000 Mark verurteilt. Der
Gefängnisstrafe ist durch die Unterbringungshaft verbüßt.

Sportliche Rundschau.

Pferdesport.

Ill. Das 25. Pferderennen des Hannauer Rennvereins Würzburg,
das seit 1914 wieder zum erstenmal veranstaltet wurde, fand am
Sonntag bei günstigen Wetter statt. Die Zuschauerzahl belief sich
schätzungsweise auf 12 000. Sowohl die Rennen, wie auch besonders
der prachtvolle Trachtenzug fehlten das Interesse der Besucher.

Ill. Kufstein, 10. Juli. Das französische Kriegsge-
richt verurteilte einen marokkanischen Soldaten, der in Gerners-
heim ein Dienstmädchen vergewaltigt hatte, zu fünf Jahren
Zuchthaus; der Angeklagte leugnete die Tat.

Golfspiele.

Ill. Die Entscheidung der Gaumeisterschaft des Reichsgolf-
vereins. In Heidelberg fanden die Entscheidungsspiele um die
Faulballmeisterschaft des Reichsgolfvereins statt. Der letztjährige
Meister L. Oberhausen trat gegen den L. Langenbrücken an.
Nach hartem mehrtägigem Kampfe erlangte der technisch bessere
Langenbrücken des L. Oberhausen den Sieg. Ferner konnte
sich der L. Langenbrücken gegen den L. Oberhausen
den Reichstitel der Klasse sichern. Der L. Oberhausen
konnte mit seiner Jugendklasse gegen L. Langenbrücken den
Reichtitel der Jugendklasse besapten. Im Schlagball wurde für

den Reichsgolfvereins für dieses Jahr der L. Oberhausen
Gaumeister. Der L. Oberhausen, welcher anschließend an die Ent-
scheidungsspiele ein Schachturnier veranstaltete, erzielte damit
einen schönen Erfolg.

Ill. Würzburger Wasserballmeeting. Wiener Amateur-
Schwimmklub gegen Bayern 07 Würzburg, 4:2 (3:1). F. T. G.
Budapest gegen Bayern 07 Würzburg 6:3. Wasserfreunde Han-
nover gegen R. S. C. 0:0. Bayern 07 Würz-
burg gegen Wiener A. S. C. 9:0 (5:0). Das interessanteste Spiel
der beiden Tage war die Begegnung von Wasserfreunde Hannover
und R. S. C. Die Hannoveraner waren ihren Gegnern
an Technik überlegen, jedoch wurde die Leistung der Heidelberger
durch vorzügliches Zusammenarbeiten wieder ausgeglichen, jedoch
auf keiner Seite ein Erfolg zu verzeichnen war. Bei den übrigen
Spielen der Wiener und der Budapester gegen die Würzburger
zeigte sich bei den Gästen eine größere Schnelligkeit und bessere
Technik, wodurch ihr Erfolg herbeigeführt wurde. Allerdings waren
die Wiener beim zweiten Spiel gegen Bayern 07 am Sonntag voll-
kommen außer Stande, ihnen beizukommen.

Fußball.

Ill. Fußball-Ländekampf Schweden-Ungarn. Mit einer großen
Ueberraschung endete der Ländekampf am Sonntag in Stockholm
zwischen Schweden und Ungarn. Die Ungarn, die schon in Vordum
gegen Deutschland nichts Herorragendes mehr gezeigt hatten, ver-
setzten auch in Stockholm vollständig. Bis zur Pause war Schweden
mit 1:0 in der Führung. Allerdings hatte die ungarische Verteidigung
das Hauptverdienst an diesem Erfolg. Mit größter An-
strengung nur gelang es den Schweden, in der zweiten Hälfte den
Ausgleich zu erzwingen, jedoch das Spiel 1:1 unentschieden endete.
40 000 Zuschauer waren Zeuge des Kampfes.

Neues aus aller Welt.

Wer schreibt noch mit Kohlenmoor?

Der New Yorker Mitarbeiter des Deutschen Auslands-Instituts
schreibt:
„In der „New York Times“ lesen wird eine Annonce, die in
der Uebersetzung wie folgt lautet:

Berühmte Bleistifte.

„Die Kohlenmoor-Bleistifte, die ob ihrer großartigen Qualität in
der ganzen Welt bekannt sind, sind wieder im amerikanischen Markt
zu haben. Diese berühmten Bleistifte werden in den ursprünglichen
Fabriken hergestellt, welche im Jahre 1790 von L. und C. Hardtmuth
in Böheim, dem Lande der Tschechen, gegründet sind, in der jüngsten
Republik der Welt — der Republik Tschechien-Slowakei. Die
Tschechen wurden lange von Österreich unterworfen gehalten, aber
im großen Weltkrieg erhoben sie sich in Revolution gegen Oester-
reich und verurteilten den Sturz seiner Regierung, was direkt zu dem
Fall von Deutschland führte. Die Tschechen waren Anhänger der
Entente-Regierungen und von Amerika und ihres Verbündeten in
Sibirien, Rußland, Frankreich und Italien gewonnen die Bewunde-
rung der Welt. Ihre großartigen Leistungen gewonnen ihnen von
den Entente-Mächten die Anerkennung von Tschechien-Slowakei als
unabhängiger Staat. Die Kohlenmoor-Bleistift-Fabriken gehören zu
den bedeutendsten in Böheim, mit ungefähr 1700 Angestellten. Sie
sind sämtlich eingeborene Tschechen sind, was auch bei sämtlichen Mit-
gliedern der Firma L. und C. Hardtmuth der Fall ist.“

Die Tschechen machen demnach mit ihrem Verrat während des
Krieges jetzt auch noch Reklame für ihre Bleistifte und die Firma
Hardtmuth brüsst sich damit, daß nur tschechische Arbeiter ange-
stellt und die Firmenbesitzer ausschließlich Tschechen sind. Es heißt
zu hoffen, daß die Deutschen in Amerika und im übrigen Ausland da-
von nichts nehmen; es gibt recht gute deutsche und amerikanische
Bleistifte und man hat es nicht nötig, Fabrikate einer Firma zu be-
nutzen, die an den Deutschen, daß appelliert, um Gefährde zu machen.
— hinaus mit dem Kohlenmoor!

Millionenbetrug bei einem Wertausgleich.

In der Nacht zum Dienstag wurde in München ein Geld-
betrag von 10 Millionen Mark gestohlen. Der Betrug wurde durch
den Einbruch in den Tresor der Reichsbank in München begangen.
Der Wert der gestohlenen Gelder wird auf 10 Millionen Mark geschätzt.
Gefährdet wurden u. a. ein kleiner, aber wichtiger Goldschmelz-
betrieb, Haarfeile, mittelalterliche Goldschmelzwerke, Kugeln-
Kugeln, wertvolle Edelsteine, goldene Schmuckstücke und Kleinodien.

Wetterdienstleistungen.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (77 Messungen)

Table with 10 columns: Ort, Zeit, Temperatur, Wind, etc. Rows include Karlsruhe, Rastatt, etc.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Das südlich der Alpen lagernde Tiefdruckgebiet hat sich südlich
nordwärts ausgedehnt und einen Ausläufer über Süddeutschland
entwickelt, in dessen Bereich in Baden trübes Wetter mit Regenfällen
herrscht. Das italienische Tiefdruckgebiet zieht nur langsam ab und
wird auch morgen die Wetterlage Süddeutschlands beeinflussen.

Vorausichtige Witterung für Donnerstag, 13. Juli bis 12 Uhr nachts.

Zunächst meist trübes Wetter und Regenfälle, später langames
Abnehmen der Bewölkung. Temperatur wenig verändert. Südliche
Winde.

Für die Reise!

Die Nachsendung des „Mannheimer General-Anzeigers“

während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen.
Bestellungen sind nur schriftlich an die Geschäftsstelle E. 6, 2 zu machen. Der Versand kann täglich erfolgen und täglich eingestellt werden.

Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im voraus zu entrichten. — Diese betragen:

Table with 2 columns: Nr. 1, Nr. 2, etc. and corresponding prices.

Mannheimer General-Anzeiger.

